

KINDERLAND

S

Ringo Ehlert aus Torgelow/Mecklenburg-Vorpommern folgte im September 2001 seiner Einberufung zur Bundeswehr nicht. Nach 8 Monaten fassten ihn Feldjäger. Da er nicht daran dachte, den Dienst anzutreten, gab es 7+21+21+21 Tage Disziplinararrest für ihn. Die Bundeswehr hat sein Rückgrat nicht gebrochen. Für den 11. Juni 2002 wurde vor dem Amtsgericht Ueckermünde Termin zur öffentlichen Hauptverhandlung wegen angeblicher Fahnenflucht (§16 Wehrstrafgesetz) anberaumt.

T

Doch es kam anders: Nur einen Tag vor der Hauptverhandlung hob der Richter den Termin auf. Ein schlichtes Telefonat mit dem Rechtsberater der Bundeswehr überzeugte ihn davon, dass die Entscheidung über den weiteren Verbleib Ringo Ehlerts in der Bundeswehr seinem Urteil vorgreiflich sei. Auf einer Solidaritätskundgebung mit Demonstration zum Amtsgericht Ueckermünde sprach dort u.a. Prof Heinrich Fink (damals MdB/PDS).

A

Am 26. Juni 2002 wurde Ringo aus dem Arrest entlassen. "...Nach §29 Abs.1,Nr.6 WPfIG ist ein Wehrpflichtiger aus der Bundeswehr zu entlassen, wenn nach dem bisherigen Verhalten durch sein Verhalten in der Bundeswehr die militärische Ordnung oder die Sicherheit der Truppe ernstlich gefährdet wird. Die Voraussetzungen für eine fristlose Entlassung in Ihrem Fall sind gegeben ... Anderenfalls besteht die Gefahr, dass sich auch andere Soldaten zu ähnlichen Straftaten hinreißen lassen, wodurch eine weitere nicht hinnehmbare Störung der militärischen Ordnung eintreten würde ..." (aus dem Entlassungsschreiben).

T

Am 21. August 2002 fand endlich die Hauptverhandlung in einem überfüllten Gerichtssaal statt. Nicht Ringo saß auf der Anklagebank, sondern er war es, der die BRD und ihre Armee anklagte. Richter und Staatsanwalt hatten dem nichts entgegenzusetzen. Die Fakten lagen klar auf dem Tisch. Nur auf Freispruch hätte entschieden werden können, wenn sie ihre eigenen Gesetze angewendet und damit Ringos Haltung als Gewissensentscheidung akzeptiert hätten. Stattdessen wurde die Hauptverhandlung ausgesetzt, um zur weiteren Prüfung dieses Sachverhaltes einen Sachverständigen einzusetzen.

T

Auf der Kundgebung vor der Hauptverhandlung mit Grußworten von Ulla Jelpke, Ludwig Baumann, Heinz Keßler, Kurt Gossweiler, Peter Hacks, Dietrich Kittner und Ellen Brombacher wurde über Organisationsgrenzen hinweg Solidarität mit Ringo sichtbar. Doch die Sache ist nicht beendet.

Kommt zum **BRD-Verweigerer-Prozess** gegen **Ringo Ehlert**

Angeklagt wegen Verweigerung jeglichen Dienstes in der Angriffsarmee der BRD sagt er nach 67 Tagen und Nächten im Bundeswehr-Knast auch bei der Fortsetzung des Prozesses:

Nein zur BRD und ihrer Armee!

Dienstag, 13.1.2004, 10 Uhr, Amtsgericht Ueckermünde, Raum 2.02

WATERLAND!

Folgend Ringos Erklärung,
die die Bundeswehr statt seiner Person am Einberufungstermin erhielt:

Erklärung zu meiner totalen Kriegsdienstverweigerung

Hiermit erkläre ich, dass ich den Dienst mit und ohne Waffe in der Bundeswehr, den Zivildienst und den Dienst in allen anderen kriegsunterstützenden Einrichtungen der Bundesrepublik Deutschland aus Gründen meines Gewissens und meiner (politischen) Weltanschauung verweigere und am 3. September 2001 nicht zum Dienst erscheinen werde. Ich berufe mich dabei auf das Grundrecht der Freiheit des Gewissens und der Weltanschauung, Art. 4 Absatz 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland.

Ich bin in der Deutschen Demokratischen Republik aufgewachsen. Als ich 12 Jahre alt war, übernahm die Bundesrepublik Deutschland mein Land – wie ich später erkannte, in einem Akt berechnender und widerrechtlicher Annexion.

Meine Mutter arbeitete in der DDR viele Jahre als Laborfachassistentin in der Poliklinik. Ihre Qualifikation wurde von den BRD-Stellen nicht anerkannt. Die Poliklinik wurde geschlossen, sie

wurde gekündigt und konnte keinen adäquaten Arbeitsplatz mehr finden. Sie war zunächst arbeitslos und arbeitet heute schlecht bezahlt als Kassiererin bei der Drogeriekette Schlecker.

Der Betrieb meines Vaters, in der DDR als hoch qualifizierter Metallarbeiter / Schweißer mit der Fertigung von Medizinmöbeln beschäftigt, wurde Anfang der 90er Jahre ebenfalls geschlossen. Er wurde gekündigt und hat bis heute keine neue Arbeit finden können.

Ich selbst habe nach dem Realschulabschluss einen Ausbildungsplatz im Informatikbereich gesucht. Bei der hohen Jugendarbeitslosigkeit in der annektierten DDR musste ich froh sein, überhaupt irgendeinen Ausbildungsplatz zu bekommen und habe dann eine Lehre als Maurer absolviert und bin heute Facharbeiter. Nach Beendigung meiner Lehre wurde ich wegen Auftragsmangels nicht übernommen. Nach achtmonatiger Arbeitslosigkeit habe ich versucht, im Westen Arbeit zu finden. Bei den dortigen Firmen bekam ich zwar Arbeit, aber weder schriftlichen Vertrag noch regelmäßig Geld, wurde behandelt wie der letzte Dreck. Hilfe beim Arbeitsamt bekam ich nicht, dafür eine Arbeitslosengeld-Sperre, nachdem ich den Job aufgeben musste.

Heute bin ich gezwungen, trotz meiner Qualifikation als Hilfsarbeiter ständig auf Montage zu arbeiten, d.h. 3 Tage im Monat bin ich zu Hause, die Anfahrtswege sind endlos weit. In meinem Land war es trotz aller Bemühungen nicht möglich, eine Arbeit zu finden. Die Arbeitslosenquote in Mecklenburg-Vorpommern liegt mittlerweile zwischen 40 und 50%.

Seit 11 Jahren wird mein Land von der Bundesrepublik Deutschland systematisch ausgebeutet und zerstört. Die Bundeswehr der BRD fungiert seit der Annexion als Besatzungsarmee auf dem Gebiet der annektierten DDR, als deren Bürger ich

Aus dem Potsdamer Abkommen von 1945:

"Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann."

Dazu verordneten die Siegermächte Sowjetunion, USA, England dem deutschen Volk:

"(...) werden alle Land-, See- und Luftstreitkräfte Deutschlands, SS, SA, SD und Gestapo mit allen ihren Organisationen, Stäben und Ämtern, einschließlich des Generalstabes, des Offizierskorps, der Reservisten, der Kriegerschulen, der Kriegervereine und aller anderen militärischen und halb-militärischen Organisationen zusammen mit ihren Vereinen und Unterorganisationen, die den Interessen der Erhaltung der militärischen Tradition dienen, völlig und endgültig aufgelöst (...)

(...) Die Nationalsozialistische Partei mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisationen ist zu vernichten; alle nationalsozialistischen Ämter sind aufzulösen (...) jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen (...) In praktisch kürzester Frist ist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen (...)

Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom Oktober 1949 und vom April 1968:

"Die Betriebe der Kriegsverbrecher und aktiven Nationalsozialisten sind enteignet und gehen in Volkseigentum über. Das gleiche gilt für private Unternehmen, die sich in den Dienst einer Kriegspolitik stellen."

"Militaristische und revanchistische Propaganda in jeder Form, Kriegshetze und Bekundung von Glaubens-, Rassen- und Völkerhass werden als Verbrechen geahndet."

Alle offiziellen Bundeswehreinsätze laut ihrer eigenen Homepage (www.bundeswehr.de):

1960 Angola, 1960 Marokko, 1961 Niger, 1961 Zypern, 1963 Algerien, 1963 Südjemen, 1966 Griechenland, 1966 Italien, 1966 Türkei, 1968 Biafra, 1968 Iran, 1968 Italien, 1970 Algerien, 1970 Jemen, 1970 Nigeria, 1970 Pakistan, 1970 Peru, 1970 Tunesien, 1970 Türkei, 1971 Chile, 1971 Indien, 1971 Italien, 1971 Pakistan, 1971 Türkei, 1972 Nicaragua, 1973 Algerien, 1973 Äthiopien, 1973 Mali, 1973 Mauretanien, 1973 Niger, 1973 Nigeria, 1973 Obervolta, 1973 Pakistan, 1973 Senegal, 1973 Somalia, 1973 Sudan, 1973 Tschad, 1973 Tunesien, 1974 Ägypten, 1974 Brasilien, 1974 Honduras, 1974 Mali, 1974 Mauretanien, 1974 Niger, 1974 Obervolta, 1974 Somalia, 1974 Sudan, 1974 Tschad, 1974 Zypern, 1975 Angola, 1975 Ghana, 1975 Pakistan, 1975 Portugal, 1976 Guatemala, 1976 Italien, 1976 Türkei, 1977 Indien, 1977 Rumänien, 1977 Tschad, 1978 Algerien, 1978 Iran, 1978 Israel, 1978 Malaysia, 1978 Mali, 1978 Spanien, 1978 Sudan, 1978 Syrien, 1979 China, 1979 Malaysia, 1979 Nicaragua, 1979 Uganda, 1980 Algerien, 1980 Italien, 1980 Mali, 1980 Mosambik, 1980 Nicaragua, 1980 Pakistan, 1980 Somalia, 1980 Somalia, 1980 Sudan, 1981 Griechenland, 1981 Italien, 1981 Pakistan, 1981 Uganda, 1982 Jemen, 1982 Pakistan, 1982 Uganda, 1983 Italien, 1983 Mauretanien, 1983 Uganda, 1984 Äthiopien, 1985 Kolumbien, 1985 Sudan, 1985 Türkei, 1986 El Salvador, 1986 Griechenland, 1986 Kamerun, 1987 Kenia, 1988 UdSSR, 1989 Panama, 1989 Rumänien, 1989 Sudan, 1989 Uganda, 1990 Griechenland, 1990 Iran, 1990 Liberia, 1990 Portugal, 1990 Rumänien, 1990 Tunesien, 1990 UdSSR, 1991 Albanien, 1991 Irak, 1991 Iran, 1991 Türkei, 1992 Irak, 1992 Kambodscha, 1992 Russland, 1992 Somalia, 1992 Türkei, 1993 Ex-Jugoslawien, 1993 Griechenland, 1993 Irak, 1993 Kambodscha, 1993 Somalia, 1994 Albanien, 1994 Georgien, 1994 Griechenland, 1994 Irak, 1994 Ruanda, 1994 Somalia, 1994 Türkei, 1995 Irak, 1996 Bosnien, 1996 Irak, 1997 Albanien, 1997 Bosnien, 1997 Polen, 1997 Türkei, 1998 Bosnien, 1998 Eritrea, 1998 Griechenland, 1998 Kroatien, 1998 Österreich, 1998 Sudan, 1998 Albanien, 1999 Bosnien, 1999 Griechenland, 1999 Jugoslawien, 1999 Mazedonien, 1999 Österreich, 1999 Türkei, 2000 Bosnien, 2000 Jugoslawien, 2000 Mosambik, 2000 Ost-Timor, 2001 Afghanistan, 2001, Bosnien, 2001 Djibouti, 2001 Jugoslawien, 2001 Kenia, 2001 Kuwait, 2001 Mazedonien, 2002 Afghanistan, 2002 Bosnien, 2002 Djibouti, 2002 Jugoslawien, 2002 Kenia, 2002 Kuwait, 2002 Mazedonien, 2003 Afghanistan, 2003 Bosnien, 2003 Djibouti, 2003 Jugoslawien, 2003 Kenia, 2003 Kuwait, 2003 Mazedonien, ...

mich nach wie vor fühle. Bei der Bezeichnung als "Annexion" kann kein Unterschied dazwischen gemacht werden, ob diese Annexion durch eine kriegerische Aktion vollzogen wird oder ob diese Annexion durch Lügen und leere Versprechungen einer verlogenen Regierung, eines verlogenen Systems ihr Ziel erreicht. Das System der BRD brachte über mein Volk eine Welle des Elends, der Massenarbeitslosigkeit, die Beseitigung sozialer Sicherheiten und kulturellen Kahlschlag – nicht nur im Jugendbereich.

Aufgrund der Initiativen der Treuhand – eingesetzt zur "Abwicklung" der DDR im Interesse der westdeutschen Konzerne – sank allein im Zeitraum von 1990–1991 die Industrieproduktion auf ein Drittel des Standes von 1989. 95% des in der DDR vorhandenen Kapitals landete in den Händen des westdeutschen Finanzkapitals. Zwischen

1990 und 1995 vernichtete die Treuhand 3 Millionen Arbeitsplätze. Am Ende der Transaktionen der Treuhand blieb von dem Vermögen meines Landes ein Schuldenberg von 275 Mrd. DM übrig. Die Arbeit der Treuhand führte damit mit einem Defizit von 1.475 Mrd. DM zu der größten Vernichtung gesellschaftlichen Reichtums in Friedenszeiten. Der Raub des DDR-Vermögens und der mit der Annexion verbundene Aufschwung der Wirtschaft der BRD steht in einem tiefen Zusammenhang mit der Verdoppelung des Geldvermögens der BRD innerhalb von 10 Jahren auf einen gigantischen Wert von 6,75 Billionen DM.

Die Bundeswehr vertritt ausschließlich die Interessen der annektierenden BRD. Für mich ist es unmöglich, einen Dienst in einer Armee abzuleisten, die in meinem Land den Status einer fremden Besatzungsarmee hat.

Ein Dienst in der Bundeswehr ist mir auch deshalb unmöglich, weil ich nicht bereit und in der Lage bin, in einer Angriffsarmee zu dienen. Nicht nur der völkerrechtswidrige Angriff auf Jugoslawien – aber dieser in erschreckender Weise – hat gezeigt, dass die Bundeswehr ein blindes Instrument zur Verfolgung der Interessen der BRD ist. Denn es war offensichtlich, dass es keine gesetzliche Grundlage für die Aggression gab. Wer in schwerwiegender Weise Gesetze bricht, ist ein Verbrecher. Eine Armee, die in schwerwiegender Weise Gesetze bricht, ist eine verbrecherische Ar-

Im so genannten 2+4-Vertrag vom 12.9.1990 sicherte die BRD den Vier Mächten und der DDR zu, *"dass von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird, ... dass das vereinte Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und mit der Charta der Vereinten Nationen."*

Dies ebnete den Weg zur ersten Grenzaufhebung im Nachkriegseuropa und löschte die DDR von der Landkarte.

Aber bereits in der ersten Regierungserklärung des größeren Deutschland formulierte Kanzler Kohl die neue Marschrichtung der Berliner Republik: *"Deutschland hat mit seiner Geschichte abgeschlossen, es kann sich künftig offen zu seiner Weltmachtrolle bekennen und soll diese ausweiten."* (taz, 31.1.1991)

Alle offiziellen Einsätze der NVA außerhalb des Territoriums der DDR 1956–1990: –

Aus den „Verteidigungspolitische Richtlinien“ vom 21.5.2003:

– „Verteidigung heute umfasst danach weit mehr als die herkömmliche Verteidigung an der Landesgrenze. Unsere Sicherheit wird auch an anderer Stelle dieser Erde verteidigt. In der heutigen Welt gibt es keine nationalen Freidensoasen mehr. Verteidigung lässt sich geografisch nicht mehr begrenzen.“ So deutlich Struck auf der Pressekonferenz am 21.5.03, nur den Begriff Präventivkrieg konnte er sich noch verkneifen.

– „Auch die Globalisierung macht ein voll handlungsfähiges Europa erforderlich. Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik beruht auf der strategischen Partnerschaft mit der Nordatlantischen Allianz und ermöglicht selbstständiges europäisches Handeln, wo die NATO nicht tätig sein muss oder will.“ Sprich: Noch brauchen wir ein Bündnis gegen die USA, in dem wir aber die Führung behalten.

– „Zum Schutz der Bevölkerung und der lebenswichtigen Infrastruktur des Landes vor terroristischen und asymmetrischen Bedrohung wird die Bundeswehr Kräfte und Mittel entsprechend dem Risiko bereit halten.“

Die Bundeswehr wird also bereit gemacht, Krieg nach außen und innen zu führen.

mee, in der ich nicht Dienst tun kann. Internationale Solidarität und Völkerfreundschaft sind für mich unabdingbare Fundamente des friedlichen Zusammenlebens der Völker in Europa und der Welt. Völkerrechtswidrige Angriffskriege sind mit diesen von mir verinnerlichten fundamentalen Werten nicht vereinbar.

Der Dienst in der Bundeswehr ist für mich auch deshalb nicht möglich, weil diese Armee mit steigender Tendenz mit neonazistischen Elementen durchsetzt ist. Ich habe eine radikale antifaschistische Grundhaltung und ich kann es schon nicht ertragen, dass nach wie vor Bundeswehrkasernen

die Namen berüchtigter Nazigeneräle tragen. Die Bundeswehr versteht sich selbst als Nachfolgeorganisation der Deutschen Wehrmacht, einer verbrecherischen Organisation, die im Dienste der deutschen Faschisten und des deutschen Kapitals ganz Europa in Schutt und Asche legte. Ein Dienst in einer Armee, die durch die ständig bekannt werdenden rechtsextremen und faschistischen Vorfälle in Kasernen dieses Antlitz wieder aufgenommen lässt, ist für mich unmöglich.

Man mag mir vorhalten, ich hätte einen Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer stellen können. Ich habe dies nicht getan, ich bin kein Pazifist. Wenn ich es wäre, würde mir als Ergebnis dieses Verfahrens nur gestattet, den Kriegsdienst mit der Waffe zu verweigern. Wenn ich Pazifist wäre, dürfte ich weder den Kriegsdienst mit, noch den ohne Waffe absolvieren. Der Zivildienst kann aber aufgrund der zivil-militärischen Zusammenarbeit und aufgrund der Tatsache, dass mit diesem Dienst genau so die Wehrpflicht erfüllt wird (§ 3 Wehrpflichtgesetz), keine Alternative für einen Pazifisten sein.

Ich bin kein Pazifist. Ich kann mir vorstellen, für ein Land zu kämpfen, mit dessen Zielen ich übereinstimme und dessen Armee keine Angriffsarmee zur Verwirklichung der strategischen und ökonomischen Interessen der Kapitalmächtigen ist. Ich hätte mir vorstellen können, in der NVA meinen Dienst zu tun. Nicht, weil ich gerne Soldat sein wollte, sondern weil diese Armee nicht nur ein Land, sondern auch Werte verteidigte, die sich nach der Annexion der DDR nicht mehr durchsetzen konnten: das Einstehen für Frieden und Völkerfreundschaft.

23. August 2001, Ringo Ehlert

Unterstützer, die sich bisher mit Ringo solidarisch erklärten:

Organisationen: Antifa Gruppe Königswusterhausen, Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, AStA Uni München, DKP KV Gießen, DKP KV Leipzig, DKP Thüringen, DKP Wuppertal, ISOR e.V. Leipzig / TIG Leipzig, Kommunistischer Jugendverband Deutschlands, KPD (Ost), PDS KV Uecker-Randow, SDAJ Thüringen, [solid] Dortmund/Unna, [solid] Regionalgruppe Uecker-Randow, Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken Bezirk Niederbayern/Oberpfalz

Einige von über 400 Einzelpersonen: Armin Stolper, Barbara Höll (MdB PDS), Bettina Simon (MdL Sachsen PDS), Christine Ostrowski (ehemals MdB PDS), Dieter Itzerott, Dieter W. Feuerstein (1972-1990 Kundschafter des Friedens), Dietmar Bartsch, Dietrich Kittner (Kabarettist), Ellen Brombacher (Kommunistische Plattform der PDS), Erich Buchholz, Erika Wehling-Pangerl (Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung), Eva Bulling-Schröter (ehemals MdB PDS), Familie Erika und Werner Eberlein, Kurt Goldstein (Ehrenpräsident des Internationalen Auschwitz Komitees), General a.D. Markus Wolf, Gisela Karau (Schriftstellerin), Hans-Jürgen Westphal, Ilja Seifert (ehemals MdB PDS), Ingrid Mattern (MdL Sachsen PDS), Klaus Hartmann (Bundesvorsitzender Deutscher Freidenker Verband), Kurt Gossweiler, Mitwirkende des Brecht-Projekts "Koloman-Wallisch-Kantate" aus Bremen, Norbert Koenig, Peter Hacks, Prof. Dr. Heinrich Fink (ehemals MdB PDS), Prof. Erich Buchholz, Prof. Siegfried Scholze, Roger Reinsch, Ulla Jelpke (ehemals MdB PDS), Vertrauensleute aus einem mittelständischen Metallbetrieb in Bremen: Andre, Jens, Björn, Stefan, Kemal, Wahib und viele andere

Diese Information wird herausgegeben von: Freie Deutsche Jugend – Zentralrat, Weydingerstraße 14–16, 10178 Berlin, Tel./Fax 030/24 00 92 11, Zentralrat@FDJ.de, www.FDJ.de

Spendenkonto: R. Ehlert, Kontonummer 483782961 bei Deutsche Bank Rostock, BLZ 13070024

